

Wahlen in der Türkei: das System Erdoğan zeigt Risse

Brakel, Kristian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Brakel, K. (2018). *Wahlen in der Türkei: das System Erdoğan zeigt Risse*. (DGAP kompakt, 11). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58159-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Wahlen in der Türkei: **Das System Erdoğan zeigt Risse**

Kristian Brakel

Die vorgezogenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Türkei am 24. Juni haben unerwartet an Dynamik gewonnen. Dank eines charismatischen Spitzenkandidaten und einem neuen Wahlgesetz ist die Opposition aus dem Dornröschenschlaf aufgewacht. Zugleich schwächen wirtschaftliche Probleme Präsident Erdoğan und seine Regierungspartei AKP. Für einen Abgesang auf Erdoğan ist es sicher zu früh, aber die neuen Allianzen zeigen, dass auch eine autoritäre Regierung keine Machtgarantie besitzt.

Im Machtsystem des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und seiner Regierungspartei AKP treten trotz der immer noch respektablen Beliebtheitswerte tiefe Risse zutage. Politische Ermüdung, aber auch die anhaltenden wirtschaftlichen Probleme haben einen Teil der AKP-Wähler desillusioniert. Erdoğan selbst beklagte schon im vergangenen Jahr die „Materialermüdung“ bei seiner Partei. Damals hatte in den wichtigsten Städten des Landes – Istanbul und Ankara – eine Mehrheit der Bürger im Referendum gegen die von Erdoğan unterstützte neue Präsidentschaftsverfassung gestimmt. Daraufhin wechselte die AKP die Bürgermeister beider Städte aus.

Inzwischen ist allerdings deutlich geworden, dass die Ermüdung nicht auf einzelne lokale Führungsfiguren zurückzuführen ist, sondern auf die Figur des omnipräsenten Präsidenten und des Systems der AKP insgesamt. Politische und wirtschaftliche Faktoren sind dabei nicht immer klar voneinander zu trennen: Die Modernisierung der Infrastruktur, die Erdoğan bei der Wählerschaft viel Anerkennung einbrachte, diente mittels der staatlich subventionierten Bauindustrie zugleich als Wachstumsmotor. Jetzt, wo das Land über ausreichend neue Straßen, Flughäfen und Krankenhäuser verfügt, wird deutlich, dass der Wirtschaft Innovationskraft fehlt.

Wirtschaft unter Druck

Mit den Wahlen hofft die Regierung, ein Signal der politischen Stabilisierung für die ausländischen Investoren, auf die die Türkei angewiesen ist, setzen zu können. Denn die wirtschaftliche Lage bleibt angespannt. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, trotz des durch die Regierung alimentierten, aber auf Privatkonsum gestützten Wirtschaftsbooms, der auch internationale Investoren überraschte. Die rapiden Preissteigerungen gerade bei importierten Gütern sind inzwischen auch für die Mittelschicht spürbar.

Zur Belastung werden außerdem die Fremdwährungskredite, die viele türkische Unternehmen aufgenommen haben. Wegen der raschen Abwertung der türkischen Lira sahen sich in den vergangenen Monaten mehrere Großunternehmen zu Schuldenumstrukturierungen gezwungen. Zwar hat die Zentralbank die Lage durch eine Erhöhung der Leitzinsen etwas stabilisiert. Doch hoffen Investoren immer noch auf ein Sparprogramm der Regierung, das die türkische Wirtschaft vor Überhitzung schützen würde.

Neues Wahlgesetz hilft der Opposition

Nach der neuen Verfassung finden die Wahlen zum Parlament und zum Präsidentenamt erstmals zeitgleich statt. Im März hatten die AKP und ihr de-facto Koalitions-

partner, die nationalistische und rechtsextreme MHP, das Wahlgesetz reformiert. Aus der Neudefinition der Wahlbezirke ergeben sich zusätzliche Hürden für die Opposition. Überraschend bringt das neue Wahlgesetz den Gegnern Erdoğan aber auch Vorteile. So gibt es die Möglichkeit, Wahlallianzen zu bilden. Zieht nur eine der Parteien aus einer solchen Allianz in das Parlament ein und überwindet die Zehn-Prozent-Hürde, sind auch die übrigen Koalitionspartner im Parlament vertreten, wenn sie mindestens einen Sitz erringen konnten. Gedacht als Hilfestellung für die MHP, die an der Zehn-Prozent-Hürde zu scheitern droht, wurde diese neue Regelung ungewollt zu einem Geschenk an die Opposition. Denn sie bedeutet, dass kleinere Parteien wie die islamische Saadet (zuletzt 0,68%) und die neu gegründete, rechts-konservative İyi Parti (IP) im Parlament vertreten sein werden.

Bisher haben sich zwei Wahlallianzen gebildet:

- In der Cumhuriyet İttifakı (Volksallianz) haben sich die Regierungspartei AKP und ihr de-facto Koalitionspartner MHP sowie die rechtsextreme Büyük Birlik Partisi (Partei der großen Einheit – BBP) zusammengeschlossen.
- In der Millet İttifakı (Allianz der Nation) koalieren die Republikanische Volkspartei (CHP), die neugegründete İyi Parti (IP) und die beiden Kleinstparteien Demokrat Parti sowie die islamistische Saadet.

Eine komplizierte Wahlarithmetik

Auch wenn die Opposition durch diese Allianz neuen Auftrieb bekommen hat, ist unklar, ob sie von der Schwäche der AKP profitieren kann. Die Wahlarithmetik ist kompliziert und das Ergebnis hängt von zahlreichen Faktoren ab, beispielsweise ob und in welchem Umfang mit Unregelmäßigkeiten bei der Wahl zu rechnen ist und wie weit die neue Oppositionsallianz Wähler aus dem rechten Spektrum ansprechen kann. Vor allem aber wird der Ausgang vom Abschneiden der linksgerichteten und prokurdischen Partei HDP und dem Wahlverhalten in den kurdischen Gebieten abhängen.

Aktuelle Umfragen sehen die HDP nur knapp über der Zehn-Prozent-Hürde. Zusätzliches Potenzial hat sie vor allem bei den Wählern im Westen des Landes, die ihr bei der ersten Parlamentswahl 2015 erhebliche Zugewinne beschert hatten. Im kurdisch besiedelten Südosten des Landes ist die HDP ohnehin stark. In 14 Provinzen in diesem Teil des Landes konnten bei den letzten zwei Wahlen nur Kandidaten von AKP und HDP Sitze erringen. Genau das lässt es für die AKP so wichtig erscheinen, dass die HDP an der Zehn-Prozent-Hürde scheitert. Denn wenn sie nicht in das Parlament einzieht, fallen gemäß türkischem Wahlrecht ihre Sitze in diesen Provinzen an die

zweitstärkste Partei, also an die AKP. Diese Abgeordneten aus dem Südosten sind maßgeblich dafür, ob die AKP ihre absolute Mehrheit im Parlament behält.

Es leuchtet ein, dass diese 14 Provinzen hart umkämpft sein werden. Die AKP bedient sich dabei auch der Änderungen im Wahlgesetzes, wie der Verlegung von Wahllokalen aus besonders HDP-starken, aber abgelegenen ländlichen Wahlkreisen in weiter entfernte Städte. Dies kann die Möglichkeit der Wähler, zum Wahllokal zu gelangen, entscheidend beeinträchtigen.

Die OSZE hat eine Mission mit 300 Kurz- und Langzeitbeobachtern in die Türkei entsandt. Trotzdem ist nach den Erfahrungen aus dem Referendum 2017 die Wahrscheinlichkeit hoch, dass es zu erheblichen Unregelmäßigkeiten kommt.

Die Kandidaten

Die kemalistische CHP hat den ehemaligen Lehrer Muharrem İnce als Präsidentschaftskandidaten nominiert. Er hat es geschafft, die Opposition neu zu beleben und hat die besten Aussichten, gegen Präsident Erdoğan in eine mögliche zweite Runde einzuziehen. Im Vergleich zu dem müde wirkenden Erdoğan gelingt dem charismatischen İnce ein öffentlichkeitswirksamer Auftritt nach dem anderen. Die „Sprache des Volkes“ zu sprechen, was sonst Erdoğan zugeschrieben wird, gelingt auch İnce mit Bravour. Er changiert dabei zwischen nationalistischer Rhetorik, sozialen Themen, persönlichen Angriffen auf Erdoğan und Versöhnungsgesten an die Kurden. Viele Wähler fühlen sich an die Anfangstage der AKP erinnert, als sie die einzige politische Kraft war, die eine positive Agenda zu vermarkten mochte. İnce gelingt es, Aufbruchstimmung zu verbreiten. Dagegen scheint die AKP im Abwehrkampf gegen wahre und vermeintliche Feinde gefangen zu sein. Bisherige Umfrageergebnisse sehen İnce zwischen 23 und 31% der Stimmen – weniger als Erdoğan, aber deutlich mehr als İnces Mitbewerberin von der rechtsgerichteten IP, Meral Akşener, die im Schnitt zwischen 10 und 16% liegt.¹

Sollte es Präsident Erdoğan nicht gelingen, im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit zu erringen (AKP-interne Umfragen sehen ihn aktuell bei 46 bis 48%), muss er am 8. Juli in die Stichwahl gehen. Sollte İnce gegen ihn antreten, wird er nur dann eine Chance haben, wenn er nicht nur die Wähler der HDP für sich gewinnen kann, sondern auch die Anhänger von Akşener. Bei den HDP-Wählern ist dies wahrscheinlicher als bei den Anhängern von Akşener, die selbst bisher noch nicht zu einem solchen Schritt aufgerufen hat. Fast alle Prognosen sehen

deswegen Erdoğan als Sieger der zweiten Runde, wenn auch nur mit einer kleinen Mehrheit.

Drei Szenarien für den Wahlausgang

1. AKP behält die absolute Parlamentsmehrheit und die Präsidentschaft (Wahrscheinlichkeit: mittel)

Sollte die AKP trotz der stärkeren Gegenkräfte ihre aktuelle Position behaupten können, ist davon auszugehen, dass Erdoğan seinen autoritären Kurs noch verstärkt. Jedoch wird sich die Dynamik, die zur aktuellen Lage geführt hat, nicht maßgeblich abschwächen. Selbst mit wirtschaftspolitischen Sparmaßnahmen ist es fraglich, ob die türkische Regierung das Vertrauen internationaler Investoren zurückgewinnen kann. Es mag gelingen, den Lirakurs zu stabilisieren; die grundsätzlichen Probleme der türkischen Wirtschaft werden aber mittelfristig bestehen bleiben. Dies gilt schon deshalb, weil im Frühjahr 2019 Kommunalwahlen anstehen und deswegen nicht mit einer Phase politischer Ruhe gerechnet werden kann.

Es ist wahrscheinlich, dass der Versuch Erdoğan's, seine Legitimität neu aufzubauen, mit neuen innen- und außenpolitischen Krisen und einer weiteren Autoritarisierung einhergehen wird. Für die Opposition, besonders für den CHP-Kandidaten Ince, der nicht mit einem Parlamentssitz rechnen kann, ist bei einem solchen Ausgang der Anreiz hoch, die Wahlen nicht anzuerkennen. Die Außenpolitik würde weiterhin der Notwendigkeit innenpolitischer Mehrheitsbeschaffung unterworfen. Das würde die Entfremdung zu den europäischen Partnern verstärken.

Die Bundesregierung und die EU sollten unter diesen Umständen dem Wunsch der Türkei nach einem Zweckbündnis teilweise entgegenkommen, dieses aber an klare menschenrechtliche Standards knüpfen. Das bedeutet, dass die Türkei im Austausch gegen wirtschafts- und sicherheitspolitische Leistungen Entgegenkommen in den Bereichen Rechtssicherheit, Terrorismusabwehr und Menschenrechte zeigt. Zwar ist keine Verbesserung der Gesamtsituation zu erwarten, aber partielle Fortschritte, etwa bei der Durchsetzung des Folterverbots, sind möglich.

2. AKP gewinnt die Präsidentschaft, verliert aber die absolute Parlamentsmehrheit (Wahrscheinlichkeit: hoch)

In diesem Szenario würde Präsident Erdoğan die Präsidentschaftswahlen spätestens in der zweiten Runde für sich entscheiden. Seine Regierungspartei AKP würde aber – wie im Juni 2015 – ihre absolute Mehrheit im Parlament verlieren. Nach dem neuen Präsidentsystem kann der Präsident zwar viele Entscheidungen ohne Mitwirkung

des Parlaments treffen, aber seine Macht wäre dennoch eingeschränkt. So darf das Parlament indirekt bei der Besetzung und Beförderung von Richtern und Staatsanwälten mitentscheiden, muss Präsidialdekrete nach drei Monaten bestätigen und hat beschränkte Änderungsrechte bei dem vom Präsidenten vorgelegten Haushalt.

In dieser Situation könnte Erdoğan zunächst versuchen, Teile der Opposition im Parlament auf seine Seite zu ziehen, um seine absolute Mehrheit dauerhaft oder für bestimmte Abstimmungen wiederherzustellen.

Die Oppositionsführer Ince und Akşener sagen bisher, sie würden als Mehrheitsbeschaffer im Parlament nicht zur Verfügung stehen. Präsident Erdoğan könnte aber auch Neuwahlen ansetzen. Zu dieser Option haben sich Regierungsmitglieder unterschiedlich geäußert, die Wahrscheinlichkeit, dass es dazu kommen würde, ist aber hoch, auch weil Erdoğan selbst in einem Interview Bezüge zur Situation in 2015 hergestellt hat. Bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 hatte die AKP ihre absolute Mehrheit verloren. Daraufhin hatte sie sich einer Koalition verweigert, die politische Lage stark eskaliert und in vorgezogenen Neuwahlen im November desselben Jahres fast 60% der Stimmen erlangt.

Laut der neuen Verfassung müsste auch der Präsident neu gewählt werden, falls das Parlament aufgelöst wird. Sofern diese Auflösung nicht durch das Parlament selbst beschlossen wird, darf der Präsident aber maximal zweimal für den Posten kandidieren – das heißt Erdoğan stünde dann nur noch eine fünfjährige Amtszeit zu. Die Frage ist daher, ob ihm ein willfähiges Verfassungsgericht jetzt oder später bestätigen würde, dass ihm trotz der Auflösung weiterhin zwei volle Amtszeiten zustehen. Wirtschaftlich ist in diesem Szenario keine Entspannung zu erwarten, da die Märkte auf die gestiegene Instabilität negativ reagieren dürften. Angesichts des politischen Drucks auf den Präsidenten dürfte dieser auf unpopuläre Sparmaßnahmen verzichten.

Sollte es nicht zu Neuwahlen kommen oder diese nicht zu einer anderen politischen Konstellation führen, könnten die Auseinandersetzungen zwischen Präsident und Parlament sowohl die Wirtschaft als auch die Politik der Türkei auf lange Zeit lähmen. Erdoğan würde immer stärker zu Exekutiv-Erlassen greifen und auf diese Weise das politische System weiter untergraben.

Bundesregierung und EU sollten in diesem Szenario versuchen, das Parlament als demokratischen Akteur zu stärken, indem sie die Kontakte zwischen den Parlamentsausschüssen in Berlin, Brüssel und Ankara ausbauen. Im Verhältnis zur Regierung wäre Entspannung nur in einzelnen Sachfragen zu erwarten.

3. AKP verliert die absolute Parlamentsmehrheit und die Präsidentschaft (Wahrscheinlichkeit: niedrig)

Sollte sich die Opposition wider Erwarten sowohl bei der Parlaments- als auch bei der Präsidentschaftswahl durchsetzen, stellt sich die Frage, wie der bisherige Präsident agieren würde. Beobachter aller politischen Lager versichern zwar, dass sich selbst ein starker Präsident nicht über ein Wahlergebnis hinwegsetzen könne, da die Türkei über ein zu stark institutionalisiertes System verfüge. Doch ist unklar, ob dieses Vertrauen in die Institutionen noch gerechtfertigt ist, nachdem sie durch die Säuberungen nach dem Putschversuch von 2016 erheblich geschwächt wurden.² Auch gewalttätige Auseinandersetzungen sind angesichts der politisch sehr stark polarisierten Stimmung nicht auszuschließen.

Die Wirtschaft würde in diesem Szenario vorsichtig optimistisch reagieren. Es ist aber unklar, ob die neue Regierung die nötige Stärke für eine mittelfristige Beruhigung der wirtschaftlichen Situation aufbringen würde. Allein der politische Wechsel wird nicht ausreichen, um dringend benötigte Investitionen anzuziehen.

Sowohl Akşener als auch Ince haben angekündigt, die Rückkehr zu einem parlamentarischen System einleiten zu wollen. Dies würde vermutlich erneut Wahlen notwendig machen, was weitere Unsicherheiten produzieren würde. Es ist nicht gewiss, dass die Opposition auch dieses Votum gewinnen würde. Anders als die AKP 2002 würden sie eine schwierige Wirtschaftslage erben, durch die wenig Zustimmung aus der Bevölkerung zu gewinnen ist. Die Opposition stünde zudem vor der Herausforderung, ihre teils widersprüchlichen politischen Programme miteinander

zu vereinbaren. Die von der AKP im Staatsapparat durchgesetzten personellen Änderungen würden die Ausübung der Regierungsgewalt erschweren. Massenentlassungen von AKP-Beamten, um dieser Situation Herr zu werden, würden zur weiteren Destabilisierung beitragen.

Für die Bundesregierung und die EU wäre die Aufhebung des Ausnahmezustandes ein guter und schnell wirksamer Gradmesser dafür, wie ernst es die neue Regierung mit der Wiederherstellung der demokratischen Verhältnisse meint. Sollte dieser Test positiv ausfallen, wären die Europäer dringend gefordert, positive Zeichen zu setzen. Allerdings bleibt eine Wiederbelebung des Beitrittsprozesses aus EU-internen Gründen unwahrscheinlich. Sofortmaßnahmen sollten sich daher auf positive wirtschaftliche Signale, besonders auf die aktuell eingefrorene Reform der Zollunion, und die baldige Aufhebung der Visumpflicht richten.

Schlussfolgerung

Der Ausgang der Wahlen ist trotz aller Versuche der AKP und Präsident Erdoğan, die eigene Macht über den Staat zu konsolidieren, ungewiss. Spätestens seit 2013 zeichnet sich der Verfall der Herrschaftslegitimität von AKP und teilweise auch von Präsident Erdoğan ab; jetzt tritt er immer offener zu Tage. Dies beweist, dass auch das System Erdoğan – vermutlich noch nicht jetzt, aber doch absehbar – ein Ablaufdatum hat.

Kristian Brakel ist Associate Fellow im Programm Naher Osten und Nordafrika der DGAP.

Anmerkungen

1 Die Verlässlichkeit von Wahlumfragen in der Türkei ist umstritten. Viele Umfrageinstitute sind einer der politischen Parteien verpflichtet, manche ihrer Umfragen werden direkt von diesen finanziert. Methodik, Fragen und Ergebnisdaten sind häufig weder transparent noch vergleichbar. In der aktuellen politischen Lage beklagen die Institute zudem, dass Befragte sich weigern, offen ihre Meinung zu äußern. Mit den Umfragedaten

lässt sich daher nur ein ungefähres Bild der Lage gewinnen.

2 Auch das in der Türkei traditionell große – und selbst nach dem Putschversuch von 2016 nicht erschütterte – Vertrauen in die Armee erscheint fragwürdig. Denn das Vertrauen der Armee in ihre eigenen Kommandostrukturen ist seitdem erschüttert. Zudem hat sich die Armeeführung gütlich mit der Staatsführung geeinigt, wie eine Anekdote aus dem Wahlkampf belegt: CHP und

IP hatten sich bemüht, den früheren Präsidenten Abdullah Gül als gemeinsamen Kandidaten zu gewinnen, um das große (ca. 65%) rechtskonservative Lager anzusprechen. Während Gül noch überlegte, landeten Generalstabschef Hulusi Akar und Regierungssprecher Ibrahim Kalin unangekündigt mit einem Militärhubschrauber in seinem Garten, offensichtlich, um Druck auf ihn auszuüben.

DGAPkompakt / Nr. 11 / Juni 2018



Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/) Lizenz. This work is licensed under a [Creative Commons Attribution – NonCommercial – NoDerivatives 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/) License.



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik
German Council on
Foreign Relations

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Rauchstraße 17/18 · 10787 Berlin
Tel. +49 (0)30 25 42 31 -0 / Fax -16
info@dgap.org · www.dgap.org

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für
Auswärtige Politik e.V.
ISSN 2198-5936

Redaktion Bettina Vestring
Layout/Satz Reiner Quirin
Designkonzept Carolyn Steinbeck · Gestaltung